

Präsident Bidens Krieg gegen Mobilität

geschrieben von Chris Frey | 9. April 2024

Chris Talgo

Am 20. März kündigte die Regierung Biden eine „endgültige [Regelung](#)“ an, welche die Verfügbarkeit neuer benzinbetriebener Fahrzeuge in den nächsten zehn Jahren drastisch reduzieren und gleichzeitig den Absatz von Elektrofahrzeugen (EVs) künstlich erhöhen wird. Die Vorschrift mit dem Titel „Multi-Pollutant Emissions Standards for Model Years 2027 and Later Light-Duty and Medium-Duty Vehicles“ wurde offiziell von der Environmental Protection Agency veröffentlicht und wird im Wesentlichen dafür sorgen, dass bis 2032 fast 70 Prozent der in den Vereinigten Staaten verkauften Neufahrzeuge Elektro- oder Hybridfahrzeuge sein werden.

Kurz nach der Bekanntgabe der Vorschrift erklärte Präsident Biden: „Vor drei Jahren habe ich mir ein ehrgeiziges Ziel gesetzt: die Hälfte aller im Jahr 2030 verkauften Neuwagen und Lastwagen sollten emissionsfrei sein ... wir werden mein Ziel für 2030 erreichen und in den kommenden Jahren weiter voranschreiten.“

Obwohl Biden und seine Klimaalarmisten sich über die Aussicht zu freuen scheinen, dass das benzinbetriebene Fahrzeug für hart arbeitende Amerikaner der Vergangenheit angehört, sollten sie diese Entscheidung noch einmal überdenken.

Gegenwärtig sagen mehr als [60 Prozent](#) der Amerikaner, dass sie beim nächsten Fahrzeugkauf den Kauf eines E-Fahrzeugs „nicht“ oder „wahrscheinlich nicht“ in Betracht ziehen werden. Überraschenderweise ist der Anteil der Amerikaner, die sich entschieden gegen den Kauf eines E-Fahrzeugs aussprechen, in den letzten Jahren gestiegen – trotz massiver Subventionen, die E-Fahrzeuge „erschwinglicher“ machen sollen.

Die Gruppe der Amerikaner, die am ehesten vom Kauf eines E-Fahrzeugs absieht, wohnt in Vorstädten und ländlichen Gebieten.

Es macht durchaus Sinn, dass die meisten Amerikaner dem Kauf eines Elektroautos in naher Zukunft skeptisch gegenüberstehen. Zunächst einmal sind E-Fahrzeuge [teurer](#) als ihre benzinbetriebenen Gegenstücke. Außerdem sind [E-Fahrzeuge](#) bei kaltem Wetter weniger zuverlässig als Benzin-Fahrzeuge, es kann mehrere Stunden dauern, bis sie wieder [aufgeladen](#) sind, sie verursachen [„Reichweitenangst“](#), die [Reparaturkosten](#) sind im Allgemeinen höher als bei benzinbetriebenen Autos, und sie produzieren giftige Abgase und sind für die öffentliche Sicherheit bedenklich, wenn sie in [Brand](#) geraten.

Doch trotz der vielen Probleme mit E-Fahrzeugen und ihrer Unbeliebtheit in der amerikanischen Bevölkerung gibt die Regierung Biden mit ihrem Plan Vollgas, benzinbetriebene Autos und Lastwagen durch E-Fahrzeuge zu ersetzen.

Biden und die Scharlatane des Klimawandels, die in der gesamten Bundesregierung tief verwurzelt sind, erklären im Grunde der Mobilität den Krieg, indem sie es den einfachen Amerikanern erschweren, ein erschwingliches und zuverlässiges privates Verkehrsmittel zu besitzen.

Ob Sie es glauben oder nicht, das benzinbetriebene Fahrzeug war für die Vereinigten Staaten in den Jahren nach dem Zweiten Weltkrieg ein echter Wendepunkt. Das Aufkommen erschwinglicher und zuverlässiger benzinbetriebener Autos in der Nachkriegszeit in Verbindung mit dem enormen Ausbau des nationalen Autobahnnetzes und der explosionsartigen Ausbreitung der Vorstädte machte die Amerikaner zu den „mobilsten“ Menschen der Welt.

Das war ein großer Unterschied zu früher, als die überwältigende Mehrheit der Amerikaner auf engstem Raum in stark verstopften Städten lebte, weil die meisten Arbeitsplätze in oder in der Nähe von Städten angesiedelt waren und die meisten Menschen keine großen Entfernungen effizient zurücklegen konnten.

Das erinnert mich auch an die ganz alten Zeiten, als die amerikanischen Arbeiter im Grunde in „Firmenstädten“ wohnten, weil sie nicht die Möglichkeit hatten, zur Arbeit zu fahren, bevor das benzinbetriebene Auto aufkam und die Fließbandfertigung diese neuen Fahrzeuge für die Massen verfügbar machte.

Im Grunde genommen will die Regierung Biden die Uhr zurückdrehen in die schlechten alten Zeiten, als die meisten Amerikaner im Allgemeinen unbeweglich waren, in beengten städtischen Verhältnissen lebten und auf öffentliche Verkehrsmittel angewiesen waren, wenn sie große Entfernungen zurücklegen mussten. Das waren auch die Zeiten, in denen sich nur die wohlhabenden Eliten persönliche Verkehrsmittel und Häuser außerhalb der dicht besiedelten Städte leisten konnten.

Leider ist dies die Zeit, in die uns Biden und seine Fetischisten der globalen Erwärmung zurückversetzen wollen. Sie wollen, dass wir in „[15-Minuten-Städten](#)“ leben, alles, was wir brauchen, online bestellen, aus der Ferne arbeiten und uns im Allgemeinen in einem begrenzten geografischen Radius aufhalten, um die Kohlendioxid-Emissionen nicht zu erhöhen, so sagen sie.

Das benzinbetriebene Auto in all seiner Pracht ist eine enorme Bedrohung für die umfassende Umgestaltung der Gesellschaft, welche die Genossen des Klimawandels in den letzten Jahrzehnten durchzusetzen versucht haben. Außerdem ist das erschwingliche und zuverlässige Benzinauto der Inbegriff der Freiheit in der modernen Gesellschaft. Es erlaubt jedem, sich nach Lust und Laune frei zu bewegen. Es ermöglicht es den Menschen,

an Orten zu arbeiten und in Geschäften einzukaufen, die weit von ihrem Wohnort entfernt sind. Die breite Verfügbarkeit von benzinbetriebenen Autos hat dazu beigetragen, Amerika zu dem Leuchtturm der Freiheit zu machen, der es geworden ist.

Andererseits sind Elektroautos nach wie vor ein Luxus für die Eliten, die es sich leisten können, den hohen Preis dafür zu zahlen, ohne sich um die Gefahren zu kümmern. Außerdem sind E-Fahrzeuge viel leichter zu überwachen, weil sie wie Computer auf Rädern sind. Das bedeutet, dass die Regierung leicht die Fahrdaten einer Person überwachen oder aus irgendeinem Grund einen „Kill Switch“ einrichten kann.

Hier geht es nur um Kontrolle und die Gier der Regierung nach mehr Macht über uns, die Menschen. Es ist zwar deprimierend, dass Präsident Biden und die EPA beschlossen haben, diese lächerliche Vorschrift zu verabschieden, aber die gute Nachricht ist, dass ein künftiger Präsident sie auch wieder rückgängig machen kann.

[Chris Talgo](#) is editorial director at The Heartland Institute.

Link:

<https://townhall.com/columnists/christalgo/2024/03/26/bidens-war-on-mobility>

Übersetzt von Christian Freuer für das EIKE

Alarm wegen des Meeresspiegelanstiegs? Die Küstenlinien von 13.000 untersuchten Inseln haben sich von 2000-2020 netto seewärts ausgebreitet

geschrieben von Chris Frey | 9. April 2024

[Kenneth Richard](#)

[Vorbemerkung: In diesem Doppelbeitrag geht es um die Behauptung der Alarmisten hinsichtlich versinkender Inseln und Küstengebiete. Zwei völlig unterschiedliche Studien kommen dabei zum gleichen Ergebnis: die Behauptungen sind nichts als „Fake News“. – Ende Vorbemerkung.]

Der Anstieg des Meeresspiegels in den letzten Jahrzehnten sollte eigentlich zu schrumpfenden Küsten und überfluteten Küsten führen. Stattdessen zeigen Satellitenbeobachtungen, dass sich die Inselküsten der Welt seit dem Jahr 2000 um 402 km² seewärts ausgedehnt haben (netto).

In einer neuen [Studie](#) wurden die Küstenveränderungen von über 13.000 Inseln in den letzten drei Jahrzehnten (1990-2020) untersucht. Nur 12 % dieser Inseln erfuhren in diesem Zeitraum eine signifikante Veränderung der Küstenlinie. Etwa 88 % der Inseln wiesen also stabile Küsten auf, d. h. weder erhebliche Erosion noch Zuwachs.

Etwa 6 % dieser mehr als 13 000 Inseln erfuhren eine Ausdehnung der Küstenlinie (Zuwachs), während 7,5 % an Küstenfläche verloren (Erosion). Die Wissenschaftler weisen darauf hin, dass der Anstieg des Meeresspiegels bei den Inseln, die in den letzten Jahrzehnten von Küstenerosion betroffen waren, kein primärer oder vorherrschender Kausalfaktor war. Dies steht „im Gegensatz zu den ursprünglichen Annahmen“.

„Außerdem deuten die Datenergebnisse darauf hin, dass der Meeresspiegelanstieg keine weit verbreitete Ursache für die Erosion von Inselküsten in der untersuchten Region ist.“

Gegenwärtig wird er als einer der Faktoren angesehen, die zur Erosion der Küsten beitragen, aber nicht als der vorherrschende Faktor.

Entgegen anfänglicher Annahmen bringen unsere empirischen Daten die weit verbreitete Erosion von Inselküsten nicht in erster Linie mit dem historischen Meeresspiegelanstieg in Verbindung, was darauf hindeutet, dass menschliche Aktivitäten die Auswirkungen des Meeresspiegelanstiegs maskieren könnten.“

Im Einklang mit der von den Befürwortern der anthropogenen globalen Erwärmung (AGW) verbreiteten Befürchtung eines Anstiegs des Meeresspiegels kam es bei den mehr als 13.000 untersuchten Inseln im Jahrzehnt zwischen 1990 und 2000 tatsächlich zu einem Nettoverlust (-259,33 km²) an Küstenland. In den darauffolgenden Jahrzehnten kehrte sich der Trend jedoch um, mit einer Nettozunahme von 369,67 km² von 2000 bis 2010 und 32,67 km² von 2010 bis 2020.

Zusammengenommen wuchsen die Inselküsten der Welt in den letzten zwei Jahrzehnten von 2000 bis 2020 netto um 402,33 km² seewärts, und die Küsten wuchsen über den gesamten 30-Jahres-Zeitraum (1990-2020) netto um 157,21 km².

„In den letzten drei Jahrzehnten erfuhr die gesamte Region eine kumulative Zunahme der Landfläche von 157,21 km² auf mehr als 13.000 Inseln.“

...in den letzten 30 Jahren erfuhren weniger Inseln eine Erosion vom

Festland aus als solche, die einen Zuwachs vom Meer aus erfuhren.“

Der Anstieg des Meeresspiegels kann also keine Erklärung für die widersprüchlichen Beobachtungen von drei Jahrzehnten Nettoausdehnung der Küsten in Richtung Meer sein.

Aber wenn die Trends des Meeresspiegelanstiegs der letzten Jahrzehnte nicht einmal als primärer oder vorherrschender Faktor für die Küstenerosion angesehen werden können, dann bricht die alarmistische Darstellung des Meeresspiegelanstiegs zwangsläufig unter dem Gewicht der Beweise zusammen.

INTERNATIONAL JOURNAL OF DIGITAL EARTH
2024, VOL. 17, NO. 1, 2329816
<https://doi.org/10.1080/17538947.2024.2329816>



Evolutionary dynamics of island shoreline in the context of climate change: insights from extensive empirical evidence

Xuxin Zhang^{ab,cd}, Hao Li^{ae}, Dong Li^{ac,d}, Xiyong Hou^{ac,d}, Peng Guo^e and Jiawei Guo^b

ABSTRACT

The evolution and future trajectory of island shorelines, amidst global climate change, are of increasing concern to governments, communities and researchers worldwide. However, the field of island studies is often hampered by a lack of data and inconsistent methodologies, leading to an inadequate understanding of the processes driving shoreline changes on islands within the context of climate change. This research aims to bridge this gap by analyzing islands in Southeast Asia, the Indian Ocean and the Mediterranean Sea from 1990 to 2020 using remote sensing. Of over 13,000 islands examined, approximately 12% experienced significant shifts in shoreline positions. The total shoreline length of these islands approaches 200,000 km, with 7.57% showing signs of landward erosion and 6.05% expanding seaward.

Contrary to initial assumptions, our empirical data does not conclusively link the widespread erosion of island shorelines primarily to historical sea-level rise, suggesting that human activities might mask the effects of sea-level rise.

Table 2. Shoreline Dynamics of Different Types of Islands

Types	Number	State	Number	Proportion /%
Rocky Island	6551	Erosion	440	6.72
Sedimentary Island	833		289	34.69
Coral Island	6245		843	13.50
Total	13629		1572	11.53
Rocky Island	6551	Expansion	470	7.17
Sedimentary Island	833		303	36.37
Coral Island	6245		989	15.84
Total	13629		1762	12.93

Table 3 shows that over the past 30 years, fewer islands experienced landward erosion compared to those undergoing seaward accretion. Importantly, regardless of human disturbance, about 80% of islands underwent shoreline changes naturally, without human interference. This data offers insight into the dynamics of various island types and the impact of human activities on coastal alterations, enhancing our understanding of the complex interaction between natural phenomena and anthropogenic influences in island ecosystems.

Over the past three decades, the entire region experienced a cumulative increase in land area of 157.21 km² across more than 13,000 islands. However, this increase was not uniform over time. From 1990 to 2000, there was a net decrease in island area of 259.33 km². In the subsequent decades, the trend reversed, with net increases of 369.67 km² from 2000 to 2010 and 32.67 km² from 2010 to 2020. These variations in island areas can be attributed to a mix of socio-economic drivers and natural environmental factors.

In regional analysis, the Philippines archipelago, islands in the South Asia-Western Asia maritime area, and islands in the eastern African waters showed a net decrease in area, with reductions not exceeding 30 km². In contrast, the Indonesian archipelago, islands along the Indochinese Peninsula coast, the Maldives and islands in the Red Sea and Mediterranean Sea experienced a net increase in area. Notably, the coastal waters of the Indochinese Peninsula had the most substantial gain, with an increase of 106.28 km² over the 30-year period.

Table 4. The variations in island area among different regions.

Unit	Dynamics	Area(km ²)			
		1990-2000	2000-2010	2010-2020	1990-2020
Philippine	Erosion	63.41	101.45	40.68	198.81
	Accretion	42.85	95.55	29.63	177.95
Indonesian	Erosion	720.64	675.67	404.76	1656.34
	Accretion	485.21	990.50	328.03	1699.73
Near Coast of Indochinese Peninsula	Erosion	39.76	70.93	17.58	178.70
	Accretion	61.32	133.27	90.38	284.98
South Asia and West Asia	Erosion	105.01	86.82	39.53	238.27
	Accretion	78.46	79.49	45.88	230.18
Red Sea	Erosion	3.46	2.62	1.32	6.72
	Accretion	0.45	3.77	33.78	44.23
Mediterranean Sea	Erosion	3.69	2.02	0.72	13.18
	Accretion	11.41	4.45	1.67	18.14
East Coast of Africa	Erosion	32.49	49.45	9.56	119.85
	Accretion	29.41	38.06	7.26	90.13
Maldives	Erosion	/	1.61	0.46	1.44
	Accretion	/	15.15	10.67	25.20
Total	Erosion	968.45	990.57	514.62	2413.31
	Accretion	709.12	1360.24	547.30	2570.53

The second perspective argues that, despite rising sea levels, many island shorelines have maintained relative stability or equilibrium without significant alterations. A comprehensive reexamination of data on 30 Pacific and Indian Ocean atolls, encompassing a total of 709 islands, has demonstrated that none of the atolls experienced a loss in land area. Furthermore, 88.6% of the islands were either stable or increased in size, while only 11.4% showed a decrease in area. Intriguingly, islands within atolls subjected to rapid sea-level rise did not exhibit significantly different patterns than those on other atolls (Duvat 2019), which is supported by observations from the Manihi and Manuae atolls in French Polynesia. Over the past 50 years, there have been data indicating that 47 reef islands predominantly expanded in area or remained stable despite experiencing a rate of sea-level rise that exceeds the global average (Yates et al. 2013), and similar findings have been noted in the Tetiaroa and Tupai atolls (Le Cozannet et al. 2013), as well as in the Tuamotu Archipelago (Duvat, Salvat, and Salmon 2017a) within the same region.

The third perspective suggests that despite the rising sea levels, island shorelines have not experienced erosion and have rather undergone accretion, resulting in land expansion towards the sea (Dawson and Smithers 2010; Ford 2013; Sengupta, Ford, and Kench 2021).

Moreover, the data results suggest that sea-level rise has not been a widespread cause of erosion for island shorelines in the studied region. Presently, it is considered one of the contributing factors to shoreline erosion but not the predominant one.

Quelle: [Zhang et al. \(2024\)](#)

Link:

<https://notrickszone.com/2024/04/04/sea-level-rise-alarm-the-coastlines-of-13000-studied-islands-net-grew-seaward-from-2000-2020/>

Um die gleiche Studie geht es auch im folgenden Beitrag:

Inseln, von denen Klimaalarmisten sagten, sie würden aufgrund des steigenden Meeresspiegels

bald „verschwinden“, haben in Wirklichkeit an Größe zugenommen

[Chris Morrison](#), [DAILY SCEPTIC](#)

Allein in den letzten 20 Jahren ist an den Küsten von 13.000 Inseln weltweit eine Fläche hinzugekommen, die der Isle of Wight entspricht. Diese faszinierende Tatsache einer Zunahme von 369,67 Quadratkilometern wurde kürzlich von einer Gruppe chinesischer Wissenschaftler entdeckt, die sowohl Oberflächen- als auch Satellitenaufzeichnungen analysierten. Insgesamt ging in den 1990er Jahren Land verloren, aber die Wissenschaftler fanden heraus, dass im Untersuchungszeitraum von drei Jahrzehnten bis 2020 ein Nettozuwachs von 157,21 km² zu verzeichnen war. In der Studie wurden erhebliche natürliche Schwankungen sowohl bei der Erosion als auch bei der Akkretion festgestellt. Natürlich durchlöchern die Ergebnisse die Panikmache der Alarmisten, die behaupten, dass der durch die Nutzung von Kohlenwasserstoffen durch den Menschen verursachte Anstieg des Meeresspiegels viele Inseln dazu verurteilt wird, in Kürze unter dem steigenden Meeresspiegel zu verschwinden. Wie wir in vielen anderen Fällen gesehen haben, wird mit solch fadenscheiniger Panikmache versucht, die Weltbevölkerung in Angst und Schrecken zu versetzen, damit sie den Irrsinn der Netto-Null-Kollektivierung akzeptiert.

Die Wissenschaftler erklärten, dass der Meeresspiegelanstieg ihren Daten zufolge keine weit verbreitete Ursache für die Erosion von Inselküsten in den untersuchten Regionen ist. „Gegenwärtig wird er als einer der Faktoren angesehen, die zur Erosion der Küsten beitragen, aber nicht als der vorherrschende“, erklärten sie. Es erübrigt sich zu erwähnen, dass nichts davon die Aufmerksamkeit der Klimahysteriker in den Mainstream-Medien und der Politik auf sich ziehen wird. Der Guardian war im vergangenen Juni in [Hochform](#) und behauptete, dass der Anstieg der Ozeane mehr als nur Land auslöschen wird. „Er wird ganze Sprachen auslöschen“, fügte er hinzu und verwies auf die Auswirkungen auf pazifische Inseln wie Tuvalu. Die Gebiete der Erde, die am günstigsten für Menschen und Sprachen waren, werden nun zu den „ungünstigsten“.

Das ist natürlich alberner, emotionaler Guardianista-Quatsch, aber zum Glück scheint er nicht auf Tuvalu zuzutreffen. Eine aktuelle Studie ergab, dass die 101 Inseln von Tuvalu um 2,9 % an Landmasse zugenommen haben. Die Wissenschaftler stellten fest, dass trotz des steigenden Meeresspiegels viele Küstenlinien in Tuvalu und den benachbarten Pazifik-Atollen relativ stabil geblieben sind, „ohne signifikante Veränderungen“. Eine umfassende Überprüfung der Daten von 30 Atollen im Pazifik und im Indischen Ozean mit 709 Inseln ergab, dass keines von ihnen Land verloren hat. Außerdem, so fügten die Wissenschaftler hinzu, gibt es Daten, die darauf hinweisen, dass 47 Riffinseln in den letzten 50 Jahren an Größe gewonnen haben oder stabil geblieben sind, „obwohl der Meeresspiegelanstieg über dem globalen Durchschnitt liegt“.

Die Malediven sind auch ein Aushängeschild für den Anstieg des Meeresspiegels. Der Aufmerksamkeit heischende Aktivist Mark Lynas, der die unsinnige Behauptung aufstellte, 99,9 % der Wissenschaftler seien der Meinung, der Mensch sei für den gesamten oder den größten Teil des Klimawandels verantwortlich, organisierte 2009 eine Unterwasser-Kabinettsitzung der örtlichen Regierung. Die Malediven sind eines von mehreren Gebieten, die in letzter Zeit an Landmasse zugenommen haben. Weitere Gebiete sind der indonesische Archipel, Inseln entlang der Küste der indochinesischen Halbinsel sowie Inseln im Roten Meer und im Mittelmeer. Insbesondere die Küstengewässer der indochinesischen Halbinsel verzeichneten mit einem Zuwachs von 106,28 km² im 30-Jahres-Zeitraum den größten Zuwachs. Von den 13 000 untersuchten Inseln haben die Forscher festgestellt, dass nur etwa 12 % eine signifikante Verschiebung der Küstenlinie erfahren haben, wobei fast gleich viele entweder landwärts (Verlust) oder seewärts (Gewinn) verschoben wurden.

Die Wissenschaftler nennen viele Gründe, warum Inseln trotz des geringen jährlichen Anstiegs des Meeresspiegels in vielen Teilen der Welt größer werden können. Es wird festgestellt, dass sich die Küstenlinien von Inseln aufgrund von Faktoren wie Gezeiten, Winden, küstennaher Hydrodynamik und Sedimenttransport ständig verändern. Auf bewohnten Inseln können menschliche Eingriffe wie Fischzucht und Landgewinnung von Bedeutung sein.

Natürlich können die Maßnahmen des Menschen eine Reihe unbeabsichtigter Folgen haben, insbesondere den Abtrag von Korallen und den Zusammenbruch natürlicher Wasserbarrieren. Inselstaaten wie die Malediven haben nicht lange gezögert, um von den schuldbewussten Bürgern der Industrieländer „Klima-Reparationen“ zu fordern. Aber der Tourismus hat das Einkommen auf den Malediven dramatisch auf das Niveau der ersten Welt angehoben, während die Einheimischen Korallen in großem Umfang abgebaut haben, um Häfen, Flughäfen und Ferienanlagen zu bauen. Dabei ging die Vielfalt der Meereslebewesen verloren, und die Inseln sind oft weniger gut vor der Brandung geschützt. In einem kürzlich erschienenen [Aufsatz](#) hat eine Gruppe von Wissenschaftlern und Wirtschaftswissenschaftlern festgestellt, dass der Korallenabbau „zu einer massiven Degradierung von flachen Riffgebieten geführt hat, was erhebliche negative Auswirkungen auf den Küstenschutz hat“.

Die chinesischen Erkenntnisse sind wichtig, um die Behauptung zu widerlegen, dass viele niedrig gelegene Inseln aufgrund des vom Menschen verursachten Klimawandels in naher Zukunft einfach unter den Wellen verschwinden werden. Sie zeigen, dass die Veränderung der Küstenlinie ein anhaltender und kontinuierlicher Prozess ist, der vielen natürlichen und menschlichen Einflüssen unterliegt. Die meisten der für Klimaschrecken herangezogenen Vorzeigeeinseln wie Tuvalu und die Malediven haben in letzter Zeit an Größe zugenommen und sind kaum geeignet, Angst vor einem angeblichen Klima-„Notfall“ zu schüren. Der Anstieg des Meeresspiegels ist keine „überwiegende“ Ursache für die Veränderung der Küsten, stellen die Wissenschaftler fest.

Chris Morrison is the Daily Sceptic's Environment Editor.

Link:

<https://wattsupwiththat.com/2024/04/07/islands-that-climate-alarmists-said-would-soon-disappear-due-to-rising-sea-found-to-have-grown-in-size/>

Übersetzt von Christian Freuer für das EIKE

Klimawandel verursacht keine Inflation

geschrieben von Chris Frey | 9. April 2024

H. Sterling Burnett

In einer aktuellen Studie in der Zeitschrift *Nature: Communications Earth and Environment* wird behauptet, der Klimawandel trage zur Preisinflation bei. Die Autoren der Studie sagen, dass der Klimawandel die wirtschaftliche Produktivität und die Lebensmittelproduktion beeinträchtigt, was zu höheren Preisen führt. Sie untersuchten mehr als 27 000 monatliche Datenpunkte des Verbraucherpreisindex' rund um den Globus.

Ich kann gar nicht beschreiben, inwiefern diese Behauptung nicht nur schlichtweg falsch, sondern auch auf eine Art und Weise irreführend ist, die eindeutig darauf abzielt, Beschränkungen für die Produktion und Nutzung fossiler Brennstoffe zu motivieren, eine Politik, die tatsächlich die Energiepreise erhöhen, die Nahrungsmittelproduktion schädigen und zu Arbeitsplatzverlusten, höheren Preisen und niedrigeren Einkommen führen würde. Politische Entscheidungsträger, die diese Studie ernst nehmen, könnten politische Maßnahmen ergreifen, die ihrerseits zu einer schlimmeren Inflation führen würden als die, welche die Welt derzeit erlebt und die zum Teil auf die bestehende Klimapolitik zurückzuführen ist.

Ein Artikel der Redaktion der Zeitschrift *Issues & Insights* mit dem Titel „Have We Reached Peak Climate Nuttery?“ (Haben wir den Höhepunkt der Klima-Narretei erreicht?) fasst die törichte Natur dieser Behauptung gut zusammen. Um fair zu sein, kann ich nicht sagen, dass die Verbindung zwischen Klimawandel und Inflation die verrückteste angebliche Verbindung ist, die ich von einigen Wissenschaftlern und den Medien gesehen habe. Schließlich haben einige schon einmal behauptet, der Klimawandel trage zu Scheidungen, Geisteskrankheiten, Hyperaktivität,

Aufmerksamkeitsstörungen bei Kindern, steigender Kriminalität, steigendem Drogenkonsum, „kultureller Erosion“ und der erhöhten Wahrscheinlichkeit von Kollisionen mit Weltraumsatelliten bei, neben unzähligen anderen angeblichen Schäden, die alle nichts mit dem Klimawandel zu tun haben, außer in den verdrehten Köpfen dieser Forscher und Medien.

Dennoch ist es offensichtlich idiotisch, den Klimawandel mit der Inflation in Verbindung zu bringen. In erster Linie, um es mit den unsterblichen Worten des Wirtschaftsnobelpreisträgers Milton Friedman zu sagen: „Inflation ist immer und überall ein monetäres Phänomen, in dem Sinne, dass sie nur durch einen schnelleren Anstieg der Geldmenge als der Produktion hervorgerufen wird und werden kann.“ Als man mich um einen Kommentar zu dem lächerlichen Versuch bat, den Klimawandel mit der Inflation in Verbindung zu bringen, sagte ich, dass der Klimawandel kein Geld druckt und auch keine neuen Programme schafft oder die Staatsausgaben erhöht, die Geld in die Wirtschaft pumpen, wenn die Produktivität nicht steigt, und damit die Fähigkeit privater Unternehmen beeinträchtigt, Zugang zu Kapital für produktive Zwecke zu erhalten, die nicht vom Staat sanktioniert oder subventioniert werden.

Die Behauptung, dass der Klimawandel zu einer Verschlechterung verschiedener Wettertrends führt, die die Regierungen dazu zwingen, Geld zu drucken und auszugeben und damit zur Inflation beizutragen, sollten wir schnell aus der Welt schaffen. *Climate at a Glance* hat sich jedes der Wetterereignisse angesehen, von denen Alarmisten behaupten, dass sie aufgrund des Klimawandels häufiger oder schwerer werden. Ob [Dürre](#), [Überschwemmungen](#), [Hitzewellen](#), [Hurrikane](#), Anstieg des [Meeresspiegels](#), [Tornados](#) oder [Waldbrände](#) – die in *Climate at a Glance* präsentierten Daten und die Aussagen des [IPCC](#), dem vermeintlichen Goldstandard der Klimaforschung, liefern keine Beweise dafür, dass sich einer dieser Trends verschlechtert. Einige haben sich sogar verbessert. Es gibt also keine Anzeichen für Schäden durch den Klimawandel oder eine durch den Klimawandel verursachte Inflation.

Die Inflation hat sich stark auf die Lebensmittelpreise ausgewirkt, aber die Behauptung, dass der Klimawandel zum Inflationsdruck auf die Lebensmittelpreise beiträgt, steht auf noch wackligem Boden als die Annahme, dass er die oben genannten Wetterereignisse verursacht. Wie bei [Climate Realism](#) in mehr als 200 Beiträgen gezeigt, sind die Nahrungsmittelproduktion und die Erträge für die meisten Kulturen in den meisten Ländern und Regionen und für die Welt als Ganzes drastisch gestiegen, als sich die Erde leicht erwärmt hat, was zum Teil auf den CO₂-Düngeeffekt zurückzuführen ist. Grundlegende Getreidekulturen, Zweitfrüchte, Obst, Hülsenfrüchte und Gemüse haben bei der anhaltenden leichten Erwärmung wiederholt neue Rekorde aufgestellt. Wenn der Klimawandel zu einer höheren Nahrungsmittelproduktion beiträgt, und das tut er, dann kann er nicht die Ursache für höhere Nahrungsmittelpreise sein.

In Europa und anderswo haben die Maßnahmen, die den Landwirten zur Bekämpfung des Klimawandels auferlegt wurden, zu leeren Ladenregalen, höheren Preisen, Unruhen und Bauernprotesten geführt, die Regierungen zu Fall gebracht und Wahlen verschoben haben. Und da landwirtschaftliche Erzeugnisse international gehandelt werden, haben die Auswirkungen der europäischen und (in geringerem Maße) der bisher eher indirekten Hürden seitens der Regierung Biden bzgl. der Lebensmittelproduktion auferlegt hat, auf die Volkswirtschaften in aller Welt übergegriffen und die Lebensmittelpreise überall in die Höhe getrieben. Einige Menschen hungern, andere haben weniger Geld in der Tasche, das sie für andere Waren und Dienstleistungen ausgeben können, darunter auch für andere lebensnotwendige Dinge, da der Bedarf an Lebensmitteln relativ unelastisch ist – jeder muss essen – so dass die Nachfrage hoch bleibt, während die Regierungen die Produktion unterdrücken.

Die Energiepreise sind ebenfalls gestiegen, da die europäischen Regierungen und die Regierung Biden Beschränkungen für die Entwicklung und Nutzung fossiler Brennstoffe sowie neue Emissionsvorschriften erlassen haben.

Wie in einem Artikel des Heartland Institute mit dem Titel „Biden Energy Policies Cost U.S. Households More Than \$2,300 Since 2021“ (Bidens Energiepolitik kostet US-Haushalte mehr als 2300 Dollar seit 2021) beschrieben, hat die Politik der Biden-Regierung allein in den ersten zwei Jahren den durchschnittlichen amerikanischen Haushalt 2300 Dollar an höheren Energiekosten gebracht. Biden hat die Entwicklung bereits genehmigter Pipelines blockiert und rückgängig gemacht, Öl- und Gasverpachtungspläne verzögert, gesetzliche Fristen monatelang versäumt, die geringste Anzahl von Energieproduktions-Pachtverträgen seit den 1940er Jahren ausgestellt und wiederholt gesetzlich vorgeschriebene Öl- und Gaspachtverkäufe rückgängig gemacht, die erste direkte Bundessteuer auf Methanemissionen verabschiedet und die Pachtgebühren für Onshore-Pachtverträge verdoppelt. Diese und andere Maßnahmen haben die Kosten für Erdgas, Öl, Benzin, Diesel und Flugbenzin in die Höhe getrieben. Bis Juni 2023 haben Bidens Maßnahmen die Strompreise für Privathaushalte um 17 Prozent, die Strompreise für die Industrie um 34 Prozent, die Heizölpreise um 88 Prozent, die Ölpreise um 61 Prozent und die Erdgaspreise um 51 Prozent erhöht.

Energie ist für jede produzierte und gelieferte Ware und Dienstleistung von entscheidender Bedeutung, so dass die Preise für alles andere entsprechend gestiegen sind. Die Beschränkungen für fossile Brennstoffe sind eine der Hauptursachen für den Anstieg der Lebensmittelpreise durch die Regierung Biden. Fossile Brennstoffe sind für jeden Schritt des Prozesses der Lebensmittelproduktion von grundlegender Bedeutung, angefangen bei den Chemikalien, die für Düngemittel und Pestizide verwendet werden (für die Biden Einfuhrbeschränkungen erlassen hat), bis hin zu den Kraftstoffen, die für Traktoren, Lagereinrichtungen, Gefrierschränke und die Lastwagen verwendet werden, welche die Lebensmittel vom Feld zum Markt transportieren. Höhere Kraftstoffpreise

bedeuten höhere Lebensmittelpreise.

Hinzu kommen all die Gelder, die die US-Regierung und Regierungen auf der ganzen Welt im Zusammenhang mit dem Wuhan-Coronavirus in die Wirtschaft gesteckt haben, um auf die von den gleichen Regierungen verhängten Einfuhrbeschränkungen zu reagieren. In den Vereinigten Staaten wurden die Ausgaben über die Covid-19-Krise hinaus fortgesetzt, und zwar mit dem lächerlich benannten Inflation Reduction Act, der Hunderte von Milliarden neuer Dollar für die Bekämpfung des Klimawandels vorsah. Durch die mehrfachen Ausgabenerhöhungen der Biden-Regierung wurden Billionen von Dollar in die Wirtschaft gepumpt, und das zu einer Zeit, als die Kraftstoffproduktion zum Erliegen kam oder durch die von den Regierungen verhängten Abriegelungen stark eingeschränkt war, was auch zu Problemen in der Lieferkette führte.

Das „kostenlose“ Geld der Steuerzahler floss rasch in die Hände der Menschen und steigerte die Nachfrage, während die Produktion nur langsam oder gar nicht stattfand. Das Zusammenspiel dieser Faktoren führte zu der höchsten Inflation seit Jahrzehnten. Das ist das Einmaleins der Wirtschaftswissenschaften: Wenn die Nachfrage hoch, das Angebot aber niedrig ist, steigen die Preise, bis die Nachfrage nachlässt und/oder das Angebot aufholt.

Der Klimawandel verursacht keine Inflation. Das kann er auch nicht, denn die Inflation ist ein Produkt der Geld- und Steuerpolitik, auf die das Klima keinen Einfluss hat. Die Klimapolitik und die Ausgaben der Regierung hingegen haben direkt zu höheren Lebensmittel- und Kraftstoffpreisen geführt, wobei letztere einen sich aufschaukelnden Effekt in der gesamten Wirtschaft haben.

Quellen: [Issues & Insights](#); [Issues & Insights](#); [The Heartland Institute](#); [Nature: Communications Earth & Environment](#)

Link:

<https://heartlanddailynews.com/2024/04/climate-change-weekly-502-climate-change-is-not-causing-inflation/>

Übersetzt von Christian Freuer für das EIKE

Es ist an der Zeit, den Glattwal vor

der Grün-Linken zu retten

geschrieben von Chris Frey | 9. April 2024

[Craig Rucker](#)

In den sechziger und siebziger Jahren war „Rettet die Wale“ die exklusive Domäne der politischen Linken.

Wie Bob Dylan sagen würde, „the times they are a changin“.

Drei große „konservative“ Organisationen – das National Legal Policy Center, das Heartland Institute und meine Organisation, das Committee For A Constructive Tomorrow CFACT – haben kürzlich vor einem Bundesgericht in Washington, D.C., eine große [Klage](#) eingereicht, um den Glattwal vor dem drohenden Aussterben zu bewahren.

Warum schließen sich die größeren grünen Gruppen, im Gegensatz zu den Basisgruppen, nicht den Bemühungen dieser Organisationen zur Rettung der Glattwale an? Gute Frage. Vielleicht liegt es daran, dass die Bedrohung für die verbleibenden 350 Wale nicht von russischen, norwegischen oder japanischen Walfangschiffen ausgeht, wie es in den 70er Jahren der Fall war. Vielmehr geht sie von der so genannten „grünen Energie“ in Form von [Offshore-Windkraftanlagen](#) aus. Die Glattwale werden durch die Pläne der Biden-Regierung bedroht, im Eiltempo 30.000-MW-Windkraftanlagen vor der Ostküste zu errichten, und zwar ohne eine angemessene Umweltverträglichkeitsprüfung, wie sie beispielsweise bei der Offshore-Ölförderung durchgeführt werden müsste.

Die kollektive Entscheidung unserer Organisationen, das Thema Walschutz vor Gericht zu bringen, kam nach zwei Jahren vergeblicher Versuche, die Regierung Biden zum Zuhören zu bewegen. Die Entwicklung der Offshore-Windenergie bedroht den fast ausgestorbenen Nordatlantischen Glattwal auf verschiedene Weise, und die Regierung weigert sich, Untersuchungen anzustellen.

Die beiden Behörden, die gemeinsam dafür verantwortlich sind, dass die Windenergieentwicklung den Walen nicht schadet, sind das Bureau of Ocean Energy Management (BOEM) des Innenministeriums, das den Bau von Windkraftanlagen überwacht, und der National Marine Fisheries Service (NMFS oder NOAA Fisheries) des Handelsministeriums, der die verschiedenen Gesetze zum Schutz der Wale durchsetzt. Keiner von beiden scheint die Absicht zu haben, seine Arbeit zu [machen](#).

In ihrer „biologischen Stellungnahme“ vom vergangenen September untersuchte die NMFS beispielsweise nur die Auswirkungen, die jedes dieser Projekte einzeln und für sich genommen auf den Nordatlantischen Glattwal haben würde. Die Behörde hat nicht, wie sie es hätte tun sollen, eine umfassende und kumulative Analyse erstellt, in der die kombinierten Schäden untersucht werden, die alle Projekte zusammen den

Walen auf ihrem jährlichen Wanderweg zufügen würden.

Hätte sie dies getan, hätte sie aufgedeckt, dass gefährliche, von mehreren Projekten ausgehende Geräusche in Kombination viel lauter und gefährlicher für die Meeressäuger sind als Geräusche, die nur von einem einzigen Projekt ausgehen. Tatsächlich können sich die Auswirkungen auch im Laufe der Zeit summieren, etwa wenn ziehende Glattwale wiederholt gezwungen sind, ein Dutzend Windkraftanlagen zu umgehen und in stark befahrene Schifffahrtswege zu gelangen. Das Risiko, von einem Schiff angefahren zu werden, ist dann zehnmal größer als bei einem einzelnen Projekt.

Wahrscheinlich ist dies der Grund dafür, dass der Endangered Species Act ausdrücklich die Bewertung kumulativer Auswirkungen wie dieser fordert, aber die Biden-Regierung hat diese Anforderung ignoriert.

BOEM und NMFS behaupten, es gäbe keine **Beweise** für eine Bedrohung der Wale. Aber das ist nur eine Vertuschung. Der rapide Rückgang der Glattwalpopulation begann 2017, dem Jahr, in dem der Ausbau der Offshore-Windkraft ernsthaft begann. Die Todesrate bei den Buckelwalen verdreifachte sich im selben Jahr und ist weiterhin ungewöhnlich hoch.

Die **NMFS** liefert sogar höchstselbst einige der stärksten Beweise. Für jedes Windkraftprojekt schätzt sie die Anzahl der Meeressäuger nach Arten, die durch Baulärm beeinträchtigt werden, was sie als „Level B Harassment“ bezeichnet. Für Glattwale ist die kumulative Summe der vorhergesagten Level-B-Belästigungen, die die Regierung projiziert und zulässt, bereits etwa doppelt so hoch wie die Gesamtpopulation des Säugetiers ... Tendenz weiter steigend.

Warum ist das ein großes Problem? Weil eine solche Belästigung leicht zum Tod eines Wals führen kann. Das kann zum Beispiel passieren, wenn der Geräuschpegel einer in Betrieb befindlichen Turbine die Navigation eines Meeressäugers stört und ihn in den dichten Schiffsverkehr oder in Fischernetze treibt. BOEM und NMFS haben sich geweigert, diese tödliche Möglichkeit in Betracht zu ziehen, nicht einmal für ein einzelnes Projekt wie den Windpark von Dominion Energy vor Virginia Beach, geschweige denn kumulativ. In der Zwischenzeit sterben immer mehr Wale durch Schiffsanprall und Verwicklungen in Fischernetzen, da die Entwicklung der Offshore-Windkraft rücksichtslos vorangetrieben wird.

Der durch Belästigung verursachte Tod ist nur eine von vielen potenziell tödlichen Bedrohungen, die BOEM und NMFS sich weigern zu bewerten. Es gibt noch andere, die wir angeführt haben, darunter der Verlust von Lebensraum, die Verringerung des Nahrungsangebots und der konzentrierte Schiffsverkehr. Deshalb bitten wir das Gericht, die Regierung dazu zu verurteilen, dass sie eine solche Untersuchung für alle Offshore-Windprojekte kumulativ durchführt, so wie es nach der ESA erforderlich ist.

„[Rettet die Wale](#)“ ist mehr als ein Slogan. Es sollte eine Richtlinie

sein, die unsere Bundesbehörden eifrig umsetzen. Aber wenn sie das nicht tun, dann sollten sie sich nicht wundern, wenn aus allen Ecken des öffentlichen Interesses Klagen auf sie zukommen – auch von uns Rechten.

This article originally appeared at [Real Clear Policy](#).

Link:

<https://www.cfact.org/2024/04/03/time-to-save-the-right-whale-from-the-green-left/>

Übersetzt von Christian Freuer für das EIKE

Können Programme für „grüne Energie“ noch irrsinniger werden?

geschrieben von Chris Frey | 9. April 2024

[Paul Driessen](#)

Das Bureau of Ocean Energy Management (BOEM) des US-Innenministeriums hat kürzlich zwei [Windenergiegebiete](#) in Tiefseegebieten vor der Küste Oregons ausgewiesen. BOEM prüft auch Optionen für die Entwicklung der Offshore-Windenergie im Golf von Maine, im Mittelatlantik, im Golf von Mexiko und möglicherweise in den Großen Seen.

Sie sind Teil des Plans von Team Biden, bis 2030 eine Offshore-Windenergiekapazität von 30.000 Megawatt und bis 2035 eine schwimmende Offshore-Windenergiekapazität von 15.000 MW zu errichten. Die Kapazität ist das, was die Turbinen erzeugen könnten, wenn der Wind mit optimaler Geschwindigkeit weht, was vielleicht 30-40 % des Jahres der Fall ist.

30.000 MW ist das, was 2.500 12-MW-Turbinen erzeugen könnten. Das ist genug, um den derzeitigen Spitzenstrombedarf des Staates New York an einem heißen Sommertag zu decken. Rechnet man den benötigten Strom hinzu, um Benzinautos, Erdgasöfen und -herde zu ersetzen, den steigenden Bedarf an künstlicher Intelligenz, Rechenzentren und Videostreaming zu decken und netzweite Backup-Batterien aufzuladen, so würde allein New York wahrscheinlich 10.000 12-MW-Offshore-Turbinen benötigen.

Um den steigenden Strombedarf aller US-Bundesstaaten zu decken, wären Hunderttausende weitere erforderlich.

Das BOEM [besteht](#) dennoch darauf, dass „Offshore-Wind eine einmalige Gelegenheit ist, eine neue saubere Energieindustrie aufzubauen, die

Klimakrise zu bewältigen und gut bezahlte Arbeitsplätze zu schaffen, während gleichzeitig wirtschaftliche Chancen für alle Gemeinden gewährleistet werden“.

Das Energieministerium, das sich in unbegründeter Lobhudelei nicht lumpen lässt, **preist** das Ziel der Regierung an, das gesamte US-Stromnetz bis 2035 zu „dekarbonisieren“, und sagt, dass „Offshore-Wind besonders gut geeignet“ sei, „saubere Energie“ zu erzeugen. Zwei Drittel des gesamten Offshore-Windpotenzials der USA befinden sich in Meeresgebieten, die so tief sind, dass die Turbinen auf schwimmenden, mit Leinen am Meeresboden verankerten Plattformen **montiert** werden müssen, die wiederum an in den Bodensedimenten versenkten **Saugpfählen** befestigt sind.

Das DOE behauptet sogar, dass es die Kosten für schwimmende Tiefsee-Windenergie bis 2035 irgendwie auf 45 Dollar pro Megawattstunde senken wird. (Das sind 45 Cent pro Kilowattstunde, das Dreifache dessen, was die meisten Amerikaner heute zahlen.) Um seine Behauptungen zu untermauern, präsentiert das DOE Karten, künstlerische Darstellungen und Bilder von schwimmenden Turbinenfeldern.

Es ist fast so, als ob diese Regierungsbeamten tatsächlich glauben, sie könnten die angebliche Klimakrise lösen, indem sie einfach Proklamationen, Vorschriften, Zeichnungen, Pressemitteilungen und Subventionen herausgeben – und Voila!

Minen öffnen sich, Rohstoffe werden gefördert, und Millionen von Windturbinen, Milliarden von Solarzellen, Milliarden von Fahrzeug- und Netzbatterien, Millionen von Kilometern an Übertragungsleitungen, Millionen von Transformatoren und andere Technologien werden hergestellt und installiert – erschwinglich und ohne fossile Brennstoffe, Treibhausgasemissionen, giftige Luft- und Wasserverschmutzung, Kinder- und Sklavenarbeit oder andere Übel (alles zu minimalen Kosten), während **gefährdete** Arten und andere Umweltkonflikte verschwinden (oder in die Bedeutungslosigkeit verbannt werden) ...

Und weltweit werden schnell Füllhörner mit sauberer, erneuerbarer, zuverlässiger und erschwinglicher Elektrizität erzeugt.

Es ist unhöflich, den glühenden Glauben an Utopien ohne fossile Brennstoffe in Frage zu stellen. Ein wenig Realität ist jedoch dringend erforderlich, bevor uns Aktivisten und Bürokraten noch weiter auf diesen Königsweg führen.

12-MW-Offshore-Turbinen sind 260 m hoch, tragen drei 107 m lange Rotorblätter und wiegen Tausende von Tonnen. Bisher wurden nur wenige davon irgendwo installiert, keine war größeren Wirbelstürmen ausgesetzt, und keine wurde auf schwimmenden Tiefseepattformen montiert. Tatsächlich gibt es keine derartigen auf Plattformen montierten Turbinen außerhalb der Konzepte und **Drei-Meter-Modelle** in Windkanälen und Testtanks.

Die schwimmenden [Kincardine-Turbinen](#) in der Nordsee südöstlich von Aberdeen, Schottland, sind viel kleiner, und die stärksten dort gemessenen Windböen lagen im Bereich von 133-200 km/h. Anhaltende Windgeschwindigkeiten bei Hurrikanen der Kategorie 3-5 reichen von 180 bis 250 km/h und mehr. Einige der schlimmsten, auf das Festland übertretende [Hurrikane](#) in den USA erreichten Windgeschwindigkeiten von 200 km/h (Katrina, 2003) bis 270 km/h (Andrew, 1997). Die stärksten Winde, die außerhalb von Hurrikanen im Bereich von Orkanwirbeln der Westwindzone jemals vor der Küste Oregons auftraten, erreichten mehr als 160 km/h (1962 und 1995).

Unterwasser- und Halbtaucherkonstruktionen für die kleineren 2,0-9,5-MW-Tiefseeturbinen wiegen 2000 bis 8000 Tonnen. Neue Halbtaucherplattformen für die Tiefsee-Ölförderung können über 30.000 Tonnen wiegen und eine Milliarde Dollar oder mehr kosten. Doch selbst diese sind wahrscheinlich nicht groß genug für die monströsen 15-MW-Turbinen, die von der Biden-Regierung, CNN und anderen [angepriesen](#) werden.

CNN: „Die erste schwimmende Offshore-Windturbine in voller Größe in den Vereinigten Staaten wird im Golf von Maine 260 m über die Wellen ragen... Die gigantische, mit dicken Metallkabeln am Meeresboden befestigte Maschine mit Flügeln mit einem Durchmesser von 236 m soll bis 2030 zu Wasser gelassen werden“.

Es ist fast unmöglich, sich die Mengen an Stahl und anderen Rohstoffen vorzustellen, die für jede dieser gigantischen Turbinen und Unterstützungssysteme benötigt würden; die Mengen an Erzen, die zur Gewinnung dieser Materialien abgebaut werden müssten; die fossilen Brennstoffe, die für den Abbau und die Verarbeitung der Erze, die Herstellung der Turbinen, Schaufeln und Unterstützungssysteme sowie deren Transport und Installation benötigt würden; die Kosten für den Bau jeder einzelnen dieser Anlagen.

Ausgehend von den durchschnittlichen Vorkommen, die heute abgebaut werden, müssten allein für die 110.000 Tonnen Kupfer, die für eine 30.000-MW-Offshore-Turbine benötigt werden, etwa 65.000.000 Tonnen Erz und darüber liegendes Gestein abgebaut werden. Dabei ist das Kupfer für Seekabel, Übertragungsleitungen, Transformatoren und andere Ausrüstungen sowie die anderen Metalle und Mineralien noch nicht berücksichtigt.

Es ist unvorstellbar, dass diese Tiefsee-Windkraftanlagen jemals die gesamte Energie und die mit ihrem Bau verbundenen Kosten wieder [einspielen](#) oder die gesamten Treibhausgasemissionen ausgleichen können, ganz gleich, wie viele Jahre sie Strom erzeugen. Aufgrund heftiger Stürme und ständiger Salzsprühnebel kann die Anzahl dieser Jahre sogar sehr kurz sein.

Ebenso unvorstellbar ist, dass sie größere Stürme überstehen könnten. Wie ein Experte für Tiefsee-Ölförderung erläuterte, besteht das größte ungeprüfte Problem in den enormen dynamischen Belastungen, welche die

Verankerungssysteme auf Stützstrukturen und Turbinen ausüben.

Schwimmende Offshore-Anlagen sind so konzipiert, dass sie sich an ihren Verankerungen bewegen und sich Wind und Wellen anpassen können. Wenn jedoch Winde von 185-250 km/h auf die Strukturen und Anlagen auf ihren Decks treffen, können sie an die Grenzen ihrer Überlebensfähigkeit gebracht werden. So erging es der Mars TLP-Plattform während des Hurrikans Katrina.

Einige der Verankerungsleinen versagten, die gesamte Bohrinselfurche wurde auf die Seite gedrückt, und der 60 m hohe Bohrturm brach ab und sank. Nachfolgende Analysen ergaben, dass nicht die starken Winde das Versagen verursachten, sondern die Rückbewegung der gesamten Struktur – ihre Rückstellkräfte oder „Peitschenhiebe“ – als die Windgeschwindigkeiten plötzlich von 200 km/h mit Böen bis 320 km/h auf 24 km/h abflauten.

Stellen Sie sich vor, dass 260 m hohe Turbinen mit riesigen Schaufeln, die den Wind einfangen sollen, auf riesigen halbttauchfähigen Plattformen in einen Hurrikan oder einen anderen heftigen Sturm geraten und zum Spielball der Gewalten werden, bis die Windgeschwindigkeiten plötzlich abfallen und die Turbinen heftig schwingen – und abbrechen.

Die Tatsache, dass Shell Oil, einer der erfahrensten Offshore-Ölentwickler der Welt, aus den Tiefsee-Windprojekten [ausgestiegen](#) ist, sollte viel über die Realisierbarkeit der weit hergeholten Tiefseepläne aussagen, die Team Biden fördert, um Amerikas Energie- und Wirtschaftssystem gewaltsam umzugestalten.

Die Tatsache, dass einige Unternehmen immer noch dabei sind unterstreicht, wie ihre Risiken zwangsweise subventioniert und von den Steuerzahlern und Verbrauchern übernommen werden, die von Politikern und Bürokraten, die ebenfalls keine wirklichen Interessen haben, in diese Pläne hineingezogen werden. Ihre Leasingangebote [sinken](#), und ihre Strompreisforderungen steigen.

Es ist an der Zeit zu sagen: „Genug! Wir behalten unsere nukleare und fossile Energie, bis ihr zweifelsfrei beweist, dass eure Alternativen ebenso reichlich, zuverlässig und erschwinglich Energie liefern“.

Link:

<https://www.cfact.org/2024/04/03/can-clean-energy-schemes-get-any-crazier/>

Übersetzt von Christian Freuer für das EIKE